

Rede von Rudolf Seiters über den großen Binnenmarkt (Köln, 22. Juni 1989)

Legende: Am 22. Juni 1989 hält der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Rudolf Seiters, vor der Internationalen Konferenz der Junior Chamber International in Köln einen Vortrag über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland (BRD) bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 23.06.1983, Nr. 66. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Die Europapolitik der Bundesregierung", auteur:Seiters, Rudolf, p. 581-585.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_rudolf_seiters_uber_den_gro%C3%9Fen_binnenmarkt_koln_22_juni_1989-de-28c23d4c-89e0-4ecf-b37e-b137e521eae.html

Publication date: 02/12/2013

Die Europapolitik der Bundesregierung

I.

Vor wenigen Tagen ist die dritte direkte Wahl des Europäischen Parlaments erfolgt. Von diesem neugewählten Parlament erwarten wir Impulse in Richtung auf die weitere europäische Integration. In den kommenden fünf Jahren stehen wichtige europäische Entscheidungen an. Zahlreiche Problemfelder - ich nenne hier beispielhaft den Schutz der Umwelt, die Grenzöffnung, die Währungs- und Sozialpolitik und natürlich die Schaffung des europäischen Binnenmarktes - erfordern kühne, zukunftsgerichtete Schritte.

Alle müssen aufeinander zugehen, wenn diese offenen Fragen, zum Nutzen aller Bürger der Europäischen Gemeinschaft bewältigt werden sollen.

Im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt stellt sich insbesondere die Frage, welche Impulse gerade von der mittelständischen Wirtschaft für Europa ausgehen können und was dieser Wirtschaftsfaktor vom Binnenmarkt erwarten kann.

Ich freue mich daher, heute vor dieser internationalen Konferenz zu dem Leitthema „Mittelstand - Herausforderung und Chance für Europas Zukunft“ den Standpunkt der Bundesregierung erläutern zu können.

Die mittelständischen Betriebe in unserem Land sind - wie dies auch in anderen westeuropäischen Staaten der Fall ist - das Fundament aller Wirtschaftsbereiche, einerlei ob im Handel, Industrie oder Dienstleistung. Flexibilität und Leistungsstärke kleinerer und mittlerer Unternehmen haben das „Made in Germany“ zu einem erstklassigen internationalen Gütezeichen gemacht.

Ich selbst komme aus einer Region, die weitgehend mittelständisch geprägt ist. In meinem Wahlkreis im nordwestlichen Niedersachsen gibt es strukturell bedingt eine hohe Arbeitslosigkeit und auch erhebliche landwirtschaftliche Probleme. Ich kenne die Nöte vieler Betriebe und höre häufig von den Sorgen, die sich viele Unternehmen in bezug auf den europäischen Binnenmarkt machen. Dies ist sicherlich kein spezifisch deutsches Phänomen - es gibt in der EG sicherlich viele Regionen mit ähnlichen Problemen, und die Argumente pro und kontra Binnenmarkt werden sich in allen EG-Staaten gleichen.

Auf der anderen Seite grenzt mein Wahlkreis an die Niederlande - ein Umstand, der für die Bewohner europapolitisch besondere Bedeutung hat, denn sie konnten in den letzten Jahren spürbar erfahren, wie sehr die Grenze bereits jetzt ihren trennenden Charakter verloren hat. Im Vergleich zu dem, was sie an Grenzen in Mittel- und Osteuropa schmerzlich erfahren müssen, wird die deutsch-niederländische Grenze kaum wahrgenommen. Das Zusammengehörigkeits- und Nachbarschaftsgefühl ist stark ausgeprägt. Die europäische Gesinnung braucht nicht anezogen zu werden, sie ist spürbar vorhanden und täglich erlebbar.

II.

Die Bundesrepublik Deutschland, die in diesem Jahr ihren 40. Geburtstag feiert, hat über vier Jahrzehnte mit viel Geduld und Realismus den europäischen Einigungsprozeß vorangetrieben. Es war Konrad Adenauer, der die Einbeziehung unseres Landes in die Wertegemeinschaft des Westens durchgesetzt hat.

40 Jahre Frieden in Freiheit, wirtschaftlicher Aufstieg aus den Trümmern der Nachkriegszeit zu einer der führenden Industrienationen der Welt und Schaffung eines breitgestreuten Wohlstandes wären ohne die feste Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft, die Atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft undenkbar gewesen.

Wir stehen an der Seite der westlichen Demokratien, weil dort unser geistiger und politischer Standort ist und weil nur dort unsere nationalen Interessen einschließlich der Hoffnung, eines Tages die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit für alle Deutschen gewinnen zu können, gut aufgehoben sind.

Wir suchen unseren Weg nicht zwischen West und Ost, wir sind keine „Wanderer zwischen den Welten“, wir haben unsere Lektion aus der Geschichte gelernt und wollen zuverlässige Partner sein.

Wir beobachten allerdings mit größter Aufmerksamkeit die sich in Osteuropa vollziehenden Wandlungen. Wir sehen, daß sich einige Staaten zunehmend westlichen Vorstellungen von Freiheit und Demokratie annähern.

Wir bemerken, daß im wirtschaftlichen Handeln weniger der Deutsche Karl Marx, sondern vielmehr der Vater unseres Wirtschaftswunders und Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard; gefragt ist. Seine Theorien sind Gegenstand umfangreicher Schulungen, denen sich seit Herbst vergangenen Jahres sowjetische Wirtschaftsmanager und -funktionäre in unserem Land unterziehen.

Wir erkennen, daß die Sogwirkung, die unsere westliche Wirtschaftsordnung und die Europäische Gemeinschaft auf die Staatshandelsländer Osteuropas ausübt, gewaltig ist und immer noch zunimmt. Hier bieten sich mannigfaltige Kooperationsmöglichkeiten, vor allem mit den Staaten Osteuropas, die nicht nur in wirtschaftlichen Reformen verharren, sondern den Gleichklang mit politischen Reformen herzustellen suchen.

Bei dem Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland vor wenigen Tagen haben wir durch eine Reihe von Abkommen und durch eine Gemeinsame Bonner Erklärung deutlich gemacht, daß wir an einer weiteren Intensivierung und Verstetigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unmittelbar interessiert sind und wir von einer konstruktiven Entwicklung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit sowohl eine weitere Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses als auch eine Stärkung der Reformkräfte in Osteuropa erwarten.

III.

Das herausragende, bis 1992 zu bewältigende Vorhaben, ist die Vollendung des Binnenmarktes. Damit wird ein alter Traum der Europäer wahr: Ein Raum ohne Binnengrenzen, in dem Personen und Waren, Dienstleistungen und Kapital frei bewegbar sind.

Die vorausschauende und auf wirtschaftliche Stabilität ausgerichtete Politik der Bundesregierung setzt die deutsche Wirtschaft in die Lage, dem Binnenmarkt mit Zuversicht und guten Erwartungen entgegenzugehen:

- Unser wirtschaftlicher Aufschwung befindet sich im siebten Jahr. Die Dynamik der Aufwärtsentwicklung scheint sich sogar noch zu verstärken.
- Bei günstigen Wachstums-Prognosen, verstärkter Investitionstätigkeit, hoher Preisstabilität und hoher Kapazitätsauslastung unserer Industrie - der höchsten seit achtzehn Jahren! - verzeichnen wir weiterhin steigende Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse.
- Auf dem Arbeitsmarkt beträgt die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze seit dem Tiefpunkt im Herbst 1983 inzwischen über 1,1 Millionen, bei weiter steigender Tendenz.
- Die Arbeitslosenzahl liegt erstmals seit 1982 unter 2 Millionen. Wir haben heute den höchsten Beschäftigungsstand, den es je in der Bundesrepublik Deutschland gab.

Vor dem Hintergrund dieser eindrucksvollen Bilanz haben wir keinen Grund, dem Projekt Binnenmarkt 1992 mit Bangen entgenuhschauen. Natürlich gibt es nicht nur Chancen, sondern auch Risiken.

Mir ist bewußt, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland hier und da Vorbehalte, sogar Ängste gegenüber diesem Projekt gibt. Manch einer verweist darauf, wie gut es uns Deutschen jetzt geht, und fragt, ob man nicht alles besser so lassen sollte, wie es jetzt ist, und diese Diskussion wird sicherlich auch in anderen EG-Staaten geführt.

Genau diese Einstellung aber können wir uns nicht leisten! Wer meint, durch passives Verharren, einen bequemen Status quo ein für allemal festhalten zu können, muß wissen: Ohne den Mut zu Veränderungen,

zum Umdenken, zum europäischen Fortschritt werden wir in die politische ;und wirtschaftliche Zweitklassigkeit zurückfallen. Wir werden aufs Spiel setzen, was wir durch harte Anstrengungen erarbeitet haben.

Wir brauchen den europäischen Binnenmarkt, denn:

- N u r im Rahmen dieses großen Marktes, des größten Wirtschaftsraumes der Erde mit mehr als 320 Millionen Menschen, werden wir in dem verschärften internationalen Wettbewerb bestehen können, vor allem gegenüber den Freihandelszonen, die sich in Nordamerika und im ostasiatisch-pazifischen Raum herausbilden.
- N u r ein einheitlicher Wirtschaftsraum kann zur Sicherung unserer Zukunft mittel- und langfristig neue zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen.
- N u r durch Bündelung unserer wirtschaftlichen und technologischen Kräfte können wir auf Dauer den Wohlstand sichern, den wir uns bis heute erarbeitet haben.
- N u r durch eine immer engere europäische Zusammenarbeit werden wir auch die globalen Herausforderungen meistern können - die weltweiten Gefahren für unsere Umwelt wie die Probleme im Nord-Süd-Verhältnis.

Nationale Alleingänge können heute angesichts bestehender und immer dichter werdender Verflechtungen und Abhängigkeiten nicht weiterhelfen.

Wer für die Rückkehr zu einer nationalen staatlich beschränkten Wirtschaft oder Gesellschaft plädiert, legt die Axt an unseren Wohlstand, zerstört die Grundlagen unserer sozialen Sicherheit, ja betrügt die jetzt heranwachsende Generation um ihre Zukunft.

Wir dürfen die Chancen und Herausforderungen des gemeinsamen Binnenmarktes nicht verspielen.

Die Bundesregierung hat aus diesem Grunde im Innern ein umfangreiches Reformprogramm durchgesetzt. Steuer- und Gesundheits-, Renten- und Postreform bilden ein Gesamtkonzept, das unsere Gesellschaft insgesamt offener und flexibler macht - und damit auch besser auf die europäischen Veränderungen vorbereitet. Rechtzeitig vor 1992 wird die Reform der Unternehmensbesteuerung erfolgen.

All diese Reformen stellen unverzichtbare Voraussetzungen dar, um die Chancen des Binnenmarktes voll nutzen zu können.

In den letzten beiden Jahren ist durch die europäische Wirtschaft - auch gerade im Forschungsbereich - ein spürbarer Ruck nach vorne gegangen. Unternehmen und Gewerkschaften haben begonnen, sich intensiv auf „Europa 1992“ vorzubereiten.

Der Investitionsboom, den wir gerade in diesem Jahr erleben, ist Ergebnis unserer Politik - der Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

IV.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist zugleich die Geschichte des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft. Sie wird mehr und mehr zum Modell der künftigen europäischen Wirtschaftsordnung.

Im Jahre 1948 hat Ludwig Erhard nach heftigen Auseinandersetzungen über den künftigen Wirtschaftskurs unseres Landes entscheidende Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt, zu deren wesentlichen Elementen die Offenheit der Märkte nach außen zählt.

Protektionismus kann und darf daher auf keinen Fall das Signal sein, das vom europäischen Binnenmarkt ausgeht. Auch in Zukunft muß die Gemeinschaft für ihre Partner in der Welt fair und offen sein.

Sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Stabilität haben entscheidend in unserer und in der europäischen Nachkriegsentwicklung dazu beigetragen, Wohlstand und sozialen Frieden zu gewinnen und dauerhaft zu erhalten.

Das Zusammenwirken der Sozialpartner wie die verantwortungsvolle Ausübung der Tarifautonomie sind Erfahrungen, um die uns viele Länder beneiden. Sie haben sich als elementare Bestandteile unserer Wettbewerbsfähigkeit erwiesen und sind deshalb nicht nur ein Aktivposten für die Bundesrepublik Deutschland, sie können und sollten es für das ganze Europa sein.

Daher unterstützen wir mit Nachdruck alle Bemühungen, entsprechend der Zielsetzungen der Einheitlichen Akte, einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum zu schaffen.

Gleichermaßen werden wir aber auch einfordern, daß insbesondere in zwei Bereichen verstärkte Anstrengungen unternommen werden: Ich meine die Verbrechensbekämpfung in einem Europa der offenen Binnengrenzen und den gemeinsamen Schutz unserer Umwelt, denn für uns in der Bundesrepublik steht fest, daß sich die Europäische Gemeinschaft noch stärker als bisher zu einer Umweltgemeinschaft entwickeln muß.

Wir haben unseren Beitrag geleistet, daß Umweltschutz heute zu einem europäischen Thema geworden ist. Das schadstoffarme Auto und das bleifreie Benzin sind wichtige umweltpolitische Stichworte. Umweltprobleme machen nicht an Grenzen halt. Nicht zuletzt Tschernobyl oder die Verschmutzung des Rheins haben mehr als deutlich gemacht, über welche Entfernungen hinweg jeder betroffen sein kann.

V.

Auf dem Weg zum Binnenmarkt haben wir bereits gute Fortschritte erzielt: Etwa die Hälfte der notwendigen Maßnahmen ist inzwischen verabschiedet. Dazu zählen so wichtige Vorhaben wie die Liberalisierung der Kapitalmärkte, des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs und die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome.

Zu dem schwierigsten noch vor uns liegenden Problem gehört die Harmonisierung der indirekten Steuern. Allein bei der Mehrwertsteuer reicht die Spannbreite von 25 Prozent in Irland bis zu 12 Prozent in Spanien. Hinzu kommen Luxussteuersätze von zum Beispiel 38 Prozent in Italien bis zu null Prozent in Großbritannien oder bei uns.. Die mit der Steuerharmonisierung verbundenen Schwierigkeiten liegen auf der Hand.

Das gleiche gilt für die Verbrauchssteuern, über die zum Beispiel Dänemark zum Teil sein Sozialsystem finanziert, während dies in den anderen Ländern der Gemeinschaft über gesonderte Sozialabgaben erfolgt.

Bei der Mehrwertsteuer stehen sich im Grunde zwei verschiedene Konzepte gegenüber:

Die Kommission geht von einer weitgehenden Annäherung der Sätze aus, möchte die Besteuerung im Ursprungsland durchführen, auf den bisherigen Ausgleich an der Grenze verzichten und die dem Verbrauchsland entgangenen Steuern über ein Clearing-System ausgleichen.

Demgegenüber möchte Großbritannien den nationalen Regierungen möglichst viel von ihrer Handlungsfreiheit im steuerlichen Bereich belassen, auch wenn die Grenzen des Binnenmarktes fallen. Dann soll der Markt den Harmonisierungsdruck ausüben und den Regierungen die notwendigen Entscheidungsvorgaben vermitteln.

Beide Wege fordern gerade von den Hochsteuerländer viel. Beim Kommissionsvorschlag können diese den Prozeß aber noch selbst steuern und eventuell notwendige Umschichtungen bei den Staatseinnahmen vornehmen. Die Marktphilosophie kann gerade benachbarte Staaten zu raschen und drastischen Änderungen zwingen, was den einen oder anderen Partner dann überfordern könnte.

Nach dem sich nunmehr abzeichnenden Kompromiß soll den Mitgliedstaaten Gelegenheit gegeben werden, sich bis 1993 auf einen Mindeststeuersatz hinzubewegen. Da dann die Grenzen fallen, besteht ein Druck zur Anpassung. Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, ein solches flexibles System zu akzeptieren. Das bedeutet natürlich, daß auch für uns gewisse Eckwerte gelten, wie zum Beispiel der Mehrwertsteuersatz von 14 Prozent.

Der Binnenmarkt wird weitere Probleme lösen: Er öffnet den Dienstleistungssektor und das öffentliche Beschaffungswesen, er führt zur gegenseitigen Anerkennung und Harmonisierung der Normen, um nur einige Bereiche zu nennen. Über die meisten dieser Entscheidungen wird mit Mehrheit abgestimmt.

Die Mehrheitsabstimmung beschleunigt den Integrationsprozeß beträchtlich. Das Verweigern lohnt nicht mehr und hilft auch nichts. Notwendig ist jetzt ein rechtzeitiges Handeln und Überzeugen, das Gewinnen der Partner für einen fairen Kompromiß. Das heißt aber, das auch wir Abstriche von unserer bisherigen Linie hinnehmen müssen. Wir müssen dazu bereit sein, solange es nicht um die Beeinträchtigung wirklich zentraler Interessen, zum Beispiel von Sicherheit oder Gesundheit, geht.

Vorteilhaft ist auch, daß die EG-Kommission inzwischen auf die möglichst vollständige, bis ins letzte Detail gehende Totalharmonisierung aller technischen Normen und Standards verzichtet hat. Heute gilt das Ursprungslandprinzip. Marktzugang wird in erster Linie durch die gegenseitige Anerkennung nationaler Standards und Regeln garantiert. Was das konkret bedeutet, erfahren wir bereits jetzt: Belgisches Bier oder französische Wurst können nicht mehr vom deutschen Markt ferngehalten werden, auch wenn sie unseren Reinheitsgeboten nicht entsprechen.

Unerläßlich bleibt allerdings, daß bei jedem Produkt klar zu erkennen ist, worum es sich tatsächlich handelt. Nur dann kann der Verbraucher auch sachgerecht entscheiden. Nur noch in wenigen Fällen wird es verbindliche Mindestnormen für alle geben, etwa in den Bereichen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz. Damit hat der Binnenmarkt dem Wettbewerb Vorrang vor der verordneten Harmonisierung eingeräumt.

Der Binnenmarkt bringt Bewegung in erstarrte nationale Strukturen und erzwingt Marktöffnungen in Bereichen; die jahrzehntelang dem Wettbewerb vorenthalten worden sind, zum Beispiel beim öffentlichen Auftragswesen.

Auch der wachstumsträchtige, aber in allen Mitgliedstaaten noch stark regulierte Dienstleistungssektor muß geöffnet werden. Wir werden dabei allerdings darauf achten, daß unser gut entwickelter Verbraucherschutz, keinen Schaden nimmt.

Gerade in den letzten Jahren hat mit Blick auf den Binnenmarkt die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse in Europa stark zugenommen. Damit wächst die Gefahr wirtschaftlicher Machtkonzentrationen, die dem Wettbewerb schaden können. Das in einigen Mitgliedsländern vorhandene Schutzinstrumentarium ist nur begrenzt geeignet, diesen Prozeß zu steuern. Wir unterstützen die EG-Kommission, darin, eine europäische Fusionskontrolle zu schaffen.

VI.

Mit dem Wegfall der Binnengrenzen werden die sozialen Bedingungen verstärkt zum Wettbewerbsfaktor. Im Interesse der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen müssen wir darüber nachdenken, in welcher Weise sich unterschiedliche Sozialvorschriften in den EG-Staaten als Vor- und Nachteile erweisen. Schließlich können wir gerade die mittelständischen Unternehmen nur dann vom Projekt Binnenmarkt überzeugen, wenn alle die gleichen Startchancen haben.

Wir brauchen daher einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum. Für die Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens müssen wir alle gesellschaftlichen Kräfte gewinnen, die der Wirtschaft ebenso wie die der Gewerkschaften.

Rund 80 Prozent der Bürger Europas sind abhängig Beschäftigte. Schon allein deshalb werden wir Europa

nur dann in den Herzen der Menschen verankern können, wenn wir diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum auch als einen gemeinsamen Sozialraum begreifen und ausgestalten. Es wäre dabei vermessen zu versuchen, alle Sozialvorschriften in Europa zu harmonisieren. Dies würde die europäische Politik überfordern und kann nicht unser Ziel sein.

Dennoch müssen wir in wesentlichen Bereichen auch auf europäischer Ebene Eckwerte setzen, von denen wir alle ausgehen können. Oberstes Ziel unseres Handelns in Europa muß es sein, die sozialen Standards an unser Niveau heranzuführen - und nicht etwa umgekehrt unsere sozialen Standards abzusenken!

Wir sollten uns im Europäischen Rat am 26./27. Juni 1989 in Madrid darauf verständigen, die sozialen Grundrechte aller Arbeitnehmer zu bekräftigen. Maßnahmen der Gemeinschaft dürfen bei alledem nicht zu einer Nivellierung oder Aushöhlung bestehender nationaler Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und zur Sicherung ihrer Rechte führen.

Es geht erst recht nicht an, daß der Binnenmarkt zum Vorwand für die Beseitigung wohlverworbener Rechte - wie zum Beispiel die Mitbestimmung - genommen wird. Ein Sozial-Dumping darf es im Interesse der Erhaltung des sozialen Friedens nicht geben.

VII.

In einem Europa der Zukunft spielt die Förderung des Mittelstandes eine wichtige Rolle. Wir werden uns dafür einsetzen, daß im Mittelstand gestärkt und auf den europäischen Binnenmarkt vorbereitet wird.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß nur eine leistungsfähige mittelständische Wirtschaft kleiner und mittlerer Unternehmen in Handwerk, Handel, Dienstleistung und Industrie die Chancen im europäischen Binnenmarkt nutzen kann.

Wir haben mit einer umfassenden Steuerreform den Mittelstand entlastet und fördern durch das Eigenkapitalhilfeprogramm die Gründung neuer Unternehmen. Im vergangenen Jahr wurden in unserem Land 330 000 Betriebe gegründet.

Durch gezielte Beratungsmaßnahmen für kleinere und mittlere Unternehmen, durch das Unternehmensbeteiligungsgesetz und das in dieser Woche im Deutschen Bundestag abschließend beratene Börsenzulassungsgesetz hat die Bundesregierung die Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten verbessert.

Wir haben Freiräume geschaffen für private, eigenverantwortliche Lösungen, indem wir die Rolle des Staates zurückgeführt haben:

- durch eine Verringerung der Staatsquote von 50 Prozent im Jahr 1981 auf 47 Prozent im vergangenen Jahr,
- durch eine Politik der Haushaltskonsolidierung mit strenger Ausgabendisziplin.

Wir haben zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums und der Eigeninitiative mit unserer Privatisierungspolitik begonnen, Bundesbeteiligungen dort abzubauen, wo diese nicht mit öffentlichem Interesse begründbar waren.

Die Bundesregierung mißt dem Abbau staatlicher Regulierungen große Bedeutung zu. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein Geflecht marktwidriger Eingriffe, die in ihrem Zusammenwirken negative Folgen für das Verhalten der Marktteilnehmer, für die wirtschaftliche Dynamik, für Wachstum und Beschäftigung haben.

Durch einen Abbau von Regulierungen werden wir die Handlungsspielräume für private Initiativen erweitern. Eine nationale Expertenkommission soll bis Ende 1990 konkrete Vorschläge unterbreiten.

Wir müssen uns auch den Herausforderungen der technischen Entwicklung stellen. Als eines der technologisch führenden Länder muß die Bundesrepublik Deutschland ihre Chancen im

Innovationswettbewerb um neue Märkte und neue Technologien in der internationalen Arbeitsteilung suchen. Der Verzicht auf technischen Fortschritt hätte erhebliche Folgen für Einkommen, Beschäftigung und Wohlstand.

In den Bereichen Informations- und Kommunikationstechniken, bei der Bio- und Gentechnik, der Entwicklung neuer Materialtechniken und bei den regenerativen Energietechnologien bieten sich mannigfaltige Kooperationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, die gerade für spezialisierte kleine und mittlere Unternehmen von Interesse sind.

Das Vordringen neuer Techniken auf fast allen Gebieten, aber auch der sich fortsetzende Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungen, bieten zusätzliche Möglichkeiten der Flexibilisierung des Arbeitslebens und erlauben zunehmend die Abkoppelung der individuellen Arbeitszeit von den Betriebszeiten.

Wenn nämlich individuelle Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit gleichermaßen verkürzt werden, so ergeben sich für die Betriebe wegen Unterauslastung des Sachkapitals zusätzliche Kostenbelastungen. Produktivität, Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wie der gesamten Volkswirtschaft werden negativ beeinflusst.

Eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit erlaubt es dagegen, die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer mit den betrieblichen Erfordernissen stärker in Einklang zu bringen.

Sie können Freizeit und Arbeitszeit durch eigene Entscheidungen mitgestalten.

VIII.

Wir hören immer häufiger, daß sich außerhalb der Gemeinschaft zunehmend die Sorge vor einem im internationalen Wettbewerb stärkeren Europa breit macht, daß insbesondere aus den USA, aber auch aus Osteuropa das Schlagwort von einer drohenden „Festung Europa“ kommt.

Immer lauter werden Bedenken geäußert, Europa könne sich nach außen abschotten, obwohl jeder weiß, daß wir nach außen offen bleiben werden und müssen, nicht nur wegen unserer Rohstoffabhängigkeit, sondern auch auf Grund unserer Exportabhängigkeit über den EG-Raum hinaus und der Marktchancen, die sich aus der Verflechtung mit der Weltwirtschaft ergeben.

Eine Abschottung nach außen würde die Gemeinschaft zudem nicht konkurrenzfähiger machen. Das Gegenteil wäre der Fall. Hierfür gab es in den letzten Jahren bei uns wie in Übersee genug Beispiele. Der Aufbau neuer Schranken nach außen kann auch kein Mittel sein, um notwendigen und vielleicht unbequemen Anpassungen im Innern zu entgehen. Zugleich müssen wir aber auch von unseren Partnern in der Welt verlangen, daß von ihnen keine protektionistischen Signale oder gar Maßnahmen ausgehen.

Die Botschaft, die von dem industriellen Dreieck Europa-Japan-USA ausgeht, muß vielmehr lauten:

- fairer Interessenausgleich,
- partnerschaftliche Zusammenarbeit und
- Offenheit der Märkte.

Die Europäische Gemeinschaft ist in ihrer gesamten bisherigen Entwicklung konsequent den Weg eines nach außen offenen und sich immer mehr öffnenden Wirtschaftsraumes gegangen. Sie hat mit dem Abkommen von Lomé eine modellhafte Zusammenarbeit mit der Dritten Welt entwickelt, die wegweisend bleibt. Sie hat ähnliche Konzepte zur Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt - wie zum Beispiel der ASEAN - erarbeitet.

Heute ist sie angetreten, im Vorfeld des Binnenmarktes ihre Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn neu zugestalten. Ich halte den Ansatz, den der Präsident der EG-Kommission im Januar in Straßburg vorgestellt hat, für einen vernünftigen und folgerichtigen Weg.

Es ist wichtig für die Europäische Gemeinschaft, gerade die Beziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn, den EFTA-Ländern, in besonderer Weise möglichst eng und vertrauensvoll auszuformen. Gleiches gilt auch für unsere Nachbarn in Ost- und Südosteuropa sowie im Mittelmeerraum.

Die Europäische Gemeinschaft ist heute nicht nur wirtschaftlich und politisch ein Faktor der Weltpolitik. Auch geistig und kulturell hat der alte Kontinent der Welt noch viel zu geben.

Das vereinte Europa ist vor allem die Idee einer umfassenden Friedensordnung, die ganz Europa in Freiheit vereint. Der gemeinsame Binnenmarkt hat daher nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Als wesentlicher Baustein zu einer Europäischen Union wird er Europa auch politisch entscheidend voranbringen.

Unser Ziel ist eine dauerhafte, übergreifende europäische Friedensordnung, in der die Grundfreiheiten für alle Völker Europas, auch für die deutsche Nation, ungeteilt und ungeschmälert verwirklicht werden können.

Die KSZE-Vereinbarungen weisen Richtung und Weg:

- vermehrte Sicherheit,
- verstärkte Vertrauensbildung,
- praktische Zusammenarbeit,
- Achtung der Menschenrechte und
- Überwindung des trennenden Charakters der Grenzen.

Gleichzeitig müssen wir den fortschreitenden Einigungsprozeß ergänzen, indem wir das kulturelle Element nachdrücklich verstärken. Wir müssen das Bewußtsein für die kulturelle Dimension Europas schärfen, denn die Europäische Gemeinschaft ist mehr als ein Interessenverband, mehr als eine Freihandelszone. Sie ist auch - und vor allem - eine Werte- und Kulturgemeinschaft.

Dies muß bei den elektronischen Medien noch viel stärker zum Ausdruck kommen. Dies gilt aber auch für die Kultur- und Bildungspolitik und für den kulturellen Austausch.

Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen muß dabei die junge Generation stehen. Es geht um ihre Zukunft- gerade für sie wollen wir die Vision eines vereinten Europas verwirklichen. Sie brauchen dieses Europa, um auch künftig in Frieden und Freiheit leben zu können.

Die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome war ein Schritt in die richtige Richtung, weitere Schritte müssen folgen. Wir brauchen mehr Anstrengungen im Sprachunterricht in Schulen und Universitäten. Wir brauchen auch mehr Austausch zwischen den Universitäten. Ein Auslandsjahr für Studenten muß einen „Bonus“ bringen, nicht einen „Malus“, wie dies heute noch oft der Fall ist.

Gerade wenn wir vom kulturellen Austausch oder der kulturellen Dimension sprechen, dann sollten wir immer daran denken: die Europäische Gemeinschaft ist nicht das ganze Europa, sie ist nur ein Torso. Auch Warschau, Kiew und Budapest gehören selbstverständlich ebenso zu Europa wie Dresden, Leipzig und Rostock.

Wenn wir die europäische Einigung vorantreiben, dann nicht, weil wir unsere Landsleute in der DDR oder unsere europäischen Nachbarn in Mittel-, Ost- oder Südosteuropa abgeschrieben hätten. Nein: Wir vertrauen auf die große Anziehungskraft des europäischen Einigungswerkes.

Victor Hugo erntete 1851 für seine Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ Hohn und Spott. Seinen Appellen folgten immer neue Kriege. Europa war dem Krieg stets näher als dem Frieden.

Erst nach dem Schrecken zweier Weltkriege nahm man die Appelle ernst. So konnte Winston Churchill 1946 in seiner Züricher Rede einen bedeutenden Impuls zur Vereinigung Europas geben, als er sagte:

Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder

vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen . . . Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa schaffen . . . Der Weg dahin ist einfach. Es ist nichts weiter dazu nötig, als daß Hunderte von Millionen Männer und Frauen Recht statt Unrecht tun und Segen statt Fluch ernten.

Lassen Sie uns gemeinsam an einem Europa arbeiten, in dem die Völker ohne Furcht voreinander und im friedlichen Wettbewerb miteinander leben können.